



LANDTAG
NIEDERSACHSEN

Grant Hendrik Tonne · Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion
Wahlkreisbüro: Georgstraße 28 · 31582 Nienburg/Weser

An die Redaktionen
im Landkreis Nienburg/Weser

Grant Hendrik Tonne

- Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion
- Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Schmiedestraße 9

31633 Leese

Mobil: 01 51 / 52 56 05 72

E-Mail: ghtonne@web.de

www.ghtonne.de

07.07.2015/ad

Bund muss Hebammen helfen **Antwort der Landesregierung zeigt Handlungsbedarf auf**

Kürzlich hatte der heimische Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Grant Hendrik Tonne eine Anfrage an die Niedersächsische Landesregierung gestellt, in dem er die Thematik der Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen angesprochen hat. Hintergrund hierfür war ein gemeinsames Gespräch mit der in Bad Rehburg tätigen Hebamme Maren Drewes, welche ihn auf die dramatisch ansteigenden Haftpflichtprämien hingewiesen hat. Tonne bat das Niedersächsische Sozialministerium darum, den aktuellen Sachstand darzustellen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Aus der nunmehr vorliegenden Antwort des Sozialministeriums geht hervor, dass der Bund in der Verpflichtung ist, sich in die festgefahrenen Verhandlungen einzuschalten und spürbare Entlastungen für die Hebammen gesetzlich zu verankern.

Die konkrete Ausgestaltung der Versorgung mit Hebammenhilfe wird im Sozialgesetzbuch V bundeseinheitlich geregelt, hier ist ein Vertrag zwischen dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen und den für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen gebildeten maßgeblichen Berufsverbänden der Hebammen nötig. Der Bundesgesetzgeber hat im letzten Jahr für eine Übergangszeitraum von einem Jahr bis zum 30.06.2015 geregelt, dass in bestimmten Fällen ein Zuschlag auf die Abrechnungsposition für Geburtshilfeleistungen zu zahlen ist und damit für eine kurzfristige Entlastung bei denjenigen Hebammen gesorgt, die nur eine geringe Anzahl an Geburten betreuen. Ab dem 01.07.2015 muss es jedoch einen dauerhaften Sicherstellungszuschlag geben, damit eine finanzielle Entlastung eintritt. „Ich bedauere, dass die

Wahlkreisbüro:

Georgstraße 28

31582 Nienburg/Weser

Tel.: 0 50 21 / 38 66

Fax: 0 50 21 / 1 45 64

E-Mail: ghtonne-wk@t-online.de

Krankenkassen und die Hebammenverbände sich bisher nicht auf einen gemeinsamen Lösungsvorschlag geeinigt haben. Auch der bisherige Lösungsvorschlag der Bundesregierung, nämlich die Kranken- und Pflegekassen dazu zu verpflichten zukünftig auf Regressforderungen gegenüber freiberuflichen Hebammen zu verzichten, löst das Problem offensichtlich nicht. Ich teile die Einschätzung des Sozialministeriums, dass nunmehr die Bundesregierung aufgefordert ist im Rahmen des noch nicht abschließend beratenen GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes neue Lösungen vorzuschlagen“, erläuterte Grant Hendrik Tonne. Die Landesregierung stellt im Rahmen ihrer Antwort auch noch einmal deutlich heraus, dass aufgrund der bundeseinheitlichen Regelungen im Sozialgesetzbuch V Einflussmöglichkeiten der Länder nicht bestehen. Gleichwohl bedarf das dargestellte Problem einer nunmehr zügigen Lösung.

Nach Aussage der Niedersächsischen Landesregierung, welche sich bei der AOK Niedersachsen rückversichert hat, bestünde aktuell kein Versorgungsengpass mit Blick auf die Versorgung mit Hebammen in Niedersachsen. Entsprechende Fälle lägen nicht vor. Problematisch sei jedoch, dass die gemeldeten Zahlen immer nur auf freiwilliger Basis weitergegeben werden und somit keinen lückenlosen Rückschluss zulassen.

Die Versorgung mit Hebammen in Landkreisen Diepholz, Nienburg und Schaumburg weist an vielen Stellen konstante Zahlen aus, insbesondere die Zahlen im Landkreis Nienburg der tätigen Hebammen in Krankenhäusern und der freiberuflichen Hebammen sind stabil, im freiberuflichen Bereich sogar ansteigend. Ob diese statistische Abdeckung allerdings dem tatsächlichen Bedarf entspricht muss aufgrund der inzwischen chronisch zu nennenden Überlastung vieler Hebammen genauer überprüft werden.

Tonne sagte gegenüber Drewes zu, die Thematik auch an seine Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene noch einmal weiterzugeben und auch weiterhin einen Blick auf das Thema zu haben. „Es ist in unser aller Sinne, dass das große Problem der stetig steigenden Haftpflichtprämien für Hebammen gelöst wird und den tätigen Hebammen eine wirtschaftliche Existenz ermöglicht wird“, schloss Tonne seine Ausführungen.